

**Absender**

**VV II-2  
Mobilitätsmanagement**

**Drucksachen-Nr.**

**0394/2017**

**öffentlich**

**Antrag**

**der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zur Sitzung des  
Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 13.09.2017**

**Tagesordnungspunkt**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.06.2017 (Eingang: 11.07.2017) zur  
Prüfung der Nutzung des Bahndamms**

**Inhalt:**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19.06.2017 umfasst im Kern eine Auftrag zur Prüfung der Bahndammnutzung. Zusammenfassend wird gefordert:

1. Die Erstellung eines Konzeptes zur Nutzung des Bahndamms als kreuzungsfreien Radweg von der Radstation bis Refrath mit Anschluss nach Bensberg und Rösrath.
2. Die Machbarkeit einer Nutzung als ÖPNV Trasse zu untersuchen, insbesondere die Anbindung an die Linie 1 und einer verlängerten Straßenbahnverbindung von Thie-lenbruch bis Gronau.
3. Ebenso wird eine kombinierte Nutzung von ÖPNV und Radweg vorgeschlagen.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

1. In der gemeinsamen Sitzung vom Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr sowie vom Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss am 29.06.2016 wurde eine Straße auf dem Bahndamm „*bedingungslos*“ beschlossen. Im Mobilitätskonzept heißt es zum Bahndamm, dieser weise „*für den motorisierten Individualverkehr deutliche Vorteile und Entlastungswirkungen für die vorhandenen Hauptstraßen (Refrather Weg und Bensberger Straße) auf*“. In Kombination mit dem Bau der Querspange können Verkehre aus den Bereichen der Wohnbebauung entlang der Richard-Zanders-Straße geführt werden, „*weshalb die Planung ausdrücklich im Zusammenhang mit dem langfristig empfohlenen Ausbau der Trasse über den Bahndamm steht*“.

2. Die Stadtverwaltung schließt sich der Ansicht der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN an, Radwege und ÖPNV mit in die Planung miteinzubeziehen. Diese stellen einen wichtigen Pfeiler des Mobilitätskonzeptes und den damit verbundenen Verlagerungen auf andere Verkehrsmittel dar. Wie eine solche Verbindung aussehen kann, müsste in einer Machbarkeitsstudie geprüft werden.
3. Die Verlängerung der Straßenbahnverbindung würde aus Sicht der Verwaltung nur eine Verlagerung der Fahrgäste von S-Bahn auf U-Bahn oder umgekehrt hervorrufen. Die Stadt Bergisch Gladbach hat zwei gut funktionierende Verbindungen aus Stadtmitte und Bensberg in die Stadt Köln. Eine Busverbindung im 10 Minutentakt zwischen Bensberg und Bergisch Gladbach Stadtmitte bietet weiteren Komfort. Durch den Ausbau der S11 für den 10-Minutentakt wird das Angebot weiter verbessert.
4. Die Gründe für das Nicht-Anmelden einer ÖPNV Trasse auf dem Bahndamm müssen beim Vorhabenträger KVB erfragt werden. Die Stadt hat diese Überlegung nicht weiter verfolgt, da zum einen die Verlängerung der Linie 1 prioritär ist und zum anderen über die Busverbindungen im 10 Minuten-Takt zwischen Bensberg und Stadtmitte eine Anbindung an S-Bahn und Stadtbahn gewährleistet ist.
5. Die Planungshoheit der Bahndammtrasse liegt beim Land NRW. Es soll eine neue Machbarkeitsstudie in Kooperation mit dem Land in Auftrag gegeben werden, in welcher auch der Bau von Radwegen mit geprüft werden soll. Auf dem entstehenden Mobilitätsband können auch ÖPNV-Verbindungen entstehen. Vereinbarungsgemäß soll die Stadt Bergisch Gladbach die Machbarkeitsstudie beauftragen, das Land wird den Aufwand refinanzieren.

Die Verwaltung schlägt vor den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN abzulehnen. Die Verwaltung empfiehlt die Machbarkeitsstudie von Straßen NRW abzuwarten.